



Kai Gehring

Mitglied des Deutschen Bundestages



Frank Schwabe

Mitglied des Deutschen Bundestages



Peter Heidt

Mitglied des Deutschen Bundestages

Gemeinsame Erklärung

Wahl von Generalmajor Ahmed Nasser Al-Raisi zum Präsidenten von INTERPOL verhindern

Wir sind zutiefst beunruhigt angesichts der Berichte über die Kandidatur des emiratischen Generalmajors Ahmed Nasser Al-Raisi für die Präsidentschaft der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (INTERPOL). Die Wahl wird aller Voraussicht nach während der 89. INTERPOL-Generalversammlung vom 23. bis 25. November 2021 in Istanbul stattfinden.

Artikel zwei der INTERPOL-Statuten legt als Ziel der Organisation fest, "möglichst umfassende gegenseitige Unterstützung aller kriminalpolizeilichen Behörden im Rahmen der in den einzelnen Ländern geltenden Gesetze und im Geiste der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ sicherzustellen und weiterzuentwickeln.“

Angesichts der verheerenden Menschenrechtsbilanz der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), würde die Ernennung von Herrn Al-Raisi zum Präsidenten in eklatantem Widerspruch zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und dem Auftrag der Organisation stehen. Das würde nicht zuletzt das internationale Ansehen von INTERPOL gefährden.

Als staatlicher Vertreter der VAE ist Herr Al-Raisi Teil eines Sicherheitsapparates, der systematisch gegen friedliche Andersdenkende vorgeht. Bürgerliche und politische Rechte sind stark eingeschränkt. Dissident*innen, Journalist*innen und Menschenrechtsverteidigende in den VAE sind harten Repressalien ausgesetzt, häufig unter Anwendung drakonischer Anti-Terrorismus-Gesetze. Dabei gehören gewaltsames Verschwindenlassen, Folter und willkürliche Verhaftungen zur Tagesordnung, wie von verschiedenen UN-Gremien und internationalen Menschenrechtsorganisationen dokumentiert. Generalmajor Al-Raisi sitzt als Inspekteur des Innenministeriums der VAE an der Spitze eines repressiven Strafrechtssystems und ist direkt in Menschenrechtsverletzungen in einer Reihe von hochkarätigen Fällen verwickelt.

Den VAE wird zudem vorgeworfen internationale Fahndungsauftrufe von INTERPOL zu missbrauchen, um flüchtige politische Gegner*innen festzunehmen. Mit sogenannten „Red Notices“ schreiben nationale Polizeibehörden Personen zur internationalen Fahndung aus. Diese „Red Notices“ werden immer wieder von totalitären Regimen missbraucht, die so Jagd auf Regimekritiker*innen machen.

Die Wahl des Sicherheitschefs der VAE zum Präsidenten von INTERPOL würde die Glaubwürdigkeit der Organisation bei der Bekämpfung der Internetkriminalität untergraben. Die emiratischen Behörden greifen seit langem auf staatlich geförderte Spionageprogramme zurück um zivilgesellschaftliche Akteur*innen ins Visier zu nehmen, wie neueste Erkenntnisse im Rahmen der NSO-Affäre belegen.



Die Vereinigten Arabischen Emirate, vertreten durch Generalmajor Ahmed Al-Raisi, sollten in Anbetracht der aufgeführten Problematik nicht befähigt werden, die Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation zu leiten. Wir appellieren daher an die Mitglieder der Generalversammlung von INTERPO, sich gegen die Wahl von Generalmajor Al-Raisi zum neuen Präsidenten auszusprechen und diese zu verhindern. Wir fordern die Mitglieder auf, sich für ein transparentes Verfahren für die Kandidatur und Wahl der INTERPOL-Präsidentschaft einzusetzen, das die Einhaltung von Menschenrechten und internationalem Recht zur Grundlage hat.

Hochachtungsvoll

Kai Gehring MdB

Frank Schwabe MdB

Peter Heide MdB